

kanten (r, t) der Gehäuse (h) liegen. — Durch die Speiseeinrichtung wird kaltes Speisewasser eingeführt, wenn der Druck im Kessel zu hoch ist, und warmes wenn er sinkt. Durch die Abwechslung in der Speisewasserzufuhr wird der Druck automatisch konstant gehalten. (D. R. P. 424 795, Kl. 13 b, Gr. 18, vom 9. 3. 1923, ausg. 2. 2. 1926.) dn.

**Georg Weyland, Frankenthal, Pfalz. Betriebsverfahren für eine mit Einzelvorwärmern ausgestattete Dampfkesselbatterie.** Dampfkesselanlage, bei der jeder Kessel mit einem zwischen die Stufen einer gemeinsamen Speisepumpe geschalteten Vorwärmer versehen ist, dad. gek., daß vor oder hinter den Vorwärmern in den Rohrweigen zu den gemeinsamen Sammelleitungen Rohrverengungen eingeschaltet sind, derart, daß in dem ganzen Rohrsystem überall gleiche Druckverluste erzielt werden. — Durch die Rohrverengungen wird erreicht, daß jedem Vorwärmer nur soviel Speisewasser zugeführt wird als dem jeweiligen Bedarf entspricht. Es fallen dadurch die sonst für jeden Kessel nötigen Pumpanlagen, die den erforderlichen Wasserbedarf decken, weg. Zeichn. (D. R. P. 425 027, Kl. 13 b, Gr. 2, vom 22. 8. 1924, ausg. 6. 2. 1926.) dn.

## Rundschau.

### Produktionsverbilligung durch die Wissenschaft.

Der Bund angestellter Akademiker technisch-naturwissenschaftlicher Berufe e. V. veranstaltete am Sonntag, den 25. April 1926, im Rahmen seiner diesjährigen Hauptversammlung eine Kundgebung im Plenarsaal des Reichswirtschaftsrats in Berlin. Im Mittelpunkt dieser Veranstaltung stand ein Referat über: „Wirtschaftsnot, Sozialpolitik und technisch-wissenschaftliche Arbeit“, in dem sich der frühere 1. Bundesvorsitzende Dr. Höfchen (Leverkusen) mit der Stellung seiner Berufskollegen zu den Wirtschaftsproblemen der Gegenwart auseinandersetzte. Er legte dar, daß unsere deutsche Industrie leider noch allzu wenig von technisch-wissenschaftlichem Geist durchdrungen sei, und daß dieser Mangel mit Schuld an dem wirtschaftlichen Versagen trüge. — Die katastrophale Entwicklung der deutschen Wirtschaftsverhältnisse in den vergangenen Jahren habe unter den angestellten Akademikern verheerende Folgen gehabt. Tausende von Chemikern und Diplom-Ingenieuren seien nach langjähriger Tätigkeit in der Praxis entlassen worden und sehen dem bittersten Elend entgegen. Die wirtschaftliche Entwicklung habe bewiesen, daß den Unternehmern nicht das Recht zugesprochen werden könne, als allein sachverständige Beurteiler der Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit wirtschaftspolitischer Maßnahmen zu gelten. Redner verlangte im Namen der angestellten Akademiker technisch-naturwissenschaftlicher Berufe, daß bei allen sowohl von der Regierung wie von den Unternehmern geplanten Maßnahmen zur Behebung der Wirtschaftsnot in erster Linie volkswirtschaftliche Interessen berücksichtigt werden. Das privatwirtschaftliche Eigeninteresse der Unternehmer habe sich volkswirtschaftlichen Erfordernissen unterzuordnen. Ganz verfehlt sei es, Ersparnisse auf Kosten anderer, namentlich der Arbeitnehmer, zu machen, und einen Abbau der sozialen Lasten zu verlangen.

Dr. Höfchen wandte sich sodann gegen verschiedene Forderungen und Vorschläge der Denkschrift des Reichsverbandes der deutschen Industrie vom Dezember 1925 und unterzog insbesondere die Darlegungen der Denkschrift bezüglich der Weiterentwicklung der eigentlichen technischen Leistungen einer eingehenden Kritik. Die Erfahrung habe leider bisher gelehrt, daß viele Werke sich die technisch-wissenschaftlichen Fortschritte nicht zu eigen machten, ja wissenschaftlicher Arbeit durchaus ablehnend gegenüberstehen. In nicht geringem Umfange sind heute sogar in der Industrie forschend tätige Akademiker aus „Sparsamkeit“ abgebaut worden. Eine derartige „Sparsamkeit“ bedeutet aber einen Verzicht auf Fortschritt und letzten Endes den Ruin solcher „sparsamen“ Unternehmen.

Zur Wiederanbahnung des wirtschaftlichen Aufstiegs forderte der Referent, daß die gesamte Industrie sich

von technisch-wissenschaftlichem Geist leiten lasse. Notwendig sei eine planmäßige Durchdringung der Wirtschaft mit technisch-wissenschaftlichem Geist. Der Referent wies darauf hin, daß in der chemischen Industrie auf Anregung des leider zu früh verstorbenen Großindustriellen Dr. K. Goldschmidt ein von einer Arbeitsgemeinschaft des Vereins deutscher Chemiker, des Arbeitgeberverbandes der chemischen Industrie und des Bundes angestellter Akademiker technisch-naturwissenschaftlicher Berufe e. V. hauptamtlich verwalteter Arbeitsausschuß geschaffen worden ist, die „Deutsche Zentralstelle für Chemie und Wirtschaft“, welche die Aufgabe hat, überall Untersuchungen anzustellen, wo die Chemie geeignet ist, technische Probleme zu lösen und Produktionsverbesserungen zu erzielen. Die gesamte deutsche Wirtschaft müsse aber nicht nur mit chemischer, sondern überhaupt mit jeder in der Wirtschaft verwertbaren Wissenschaft durchdrungen werden. Neben den eigentlichen Ingenieurwissenschaften müsse also weiterhin auch die Physik, die Biologie, Bakteriologie, Botanik, Zoologie, weit mehr als bisher in den Dienst der deutschen Wirtschaft gestellt werden, da besonders auch die zuletzt genannten Wissenschaften erst die Unterlagen dafür bringen, auf welche Weise tierische und pflanzliche Schädlinge, die Erzeugnisse deutschen Bodens im Werte von Millionen jährlich vernichten, bekämpft werden können. Eine Arbeitsgemeinschaft zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, die sich neben anderem der gemeinsamen Bearbeitung dieser Probleme widmen müsse, ließe sich ebenso wie in der chemischen Industrie ohne weiteres auch in anderen Industriezweigen aufbauen. Es liege an den deutschen Wirtschaftsführern, ob sie diesen Weg gehen wollen, der z. B. die Elektroindustrie, die chemische und optische Industrie in Deutschland auf ihre auch im Ausland viel beneidete Höhe geführt hat. Die nötigen technisch-wissenschaftlich gebildeten Arbeitskräfte stehen zur Verfügung. Tausende von Akademikern warten sehnlichst auf Betätigungsmöglichkeit, sie sind sich bewußt, daß hohe Forderungen an sie gestellt werden, aber auch bereit, diese Aufgaben zu erfüllen. Voraussetzung sei aber, daß die Unternehmer den vom Reichsverband der deutschen Industrie verkündeten Grundsatz, daß Leistung gleich Gegenleistung sein müsse, auch auf die Bewertung der Leistungen der Arbeitnehmer in Anwendung bringen.

## Aus Vereinen und Versammlungen.

### Deutsche Beleuchtungstechnische Gesellschaft.

Berlin, den 15. April 1926.

Vorsitzender Dr. L. Bloch.

Dipl.-Ing. L. Schneider, Berlin, führte „Einige Experimente über Licht und Farben“ vor. Die Versuche, welche zeigten, daß ein roter Körper bei grüner Beleuchtung schwarz erscheint, bei roter Beleuchtung rot und ein grüner Körper bei grüner Beleuchtung grün und bei roter Beleuchtung schwarz, sind mißverständlich mit Komplementärfarben erklärt worden. Das Gelingen dieses Versuches hängt nur vom Reflektionsvermögen der Farben ab und hat nichts zu tun mit Komplementärfarben. Es zeigte sich dies deutlich durch Untersuchungen der Reflektion im ganzen Spektralgebiet. Vortr. führte dann einige Versuche über Reflektion und Durchlässigkeit von Licht durch verschiedene Materialien vor. Aluminium bietet die Möglichkeit, die verschiedenen Reflektionen hervorzurufen, je nachdem man blankpoliertes Aluminium, einen spiegelnd reflektierenden Belag, oder eine mit mattem Aluminiumbelag versehene Scheibe, oder gar eine auf Schwarzblech aufgetrichene Aluminiumbronze verwendet, erhält man vollkommene Reflektion, gerichtete und mehr oder weniger diffuse Reflektionen. Weiter zeigt Vortr. durch Untersuchungen die Unsinnigkeit der Verwendung nicht weiß gefütterter seidener Lampenschirme, da bei nicht gefütterten Schirmen keine Reflektion eintritt, während bei weiß gefütterten die Decke hell erscheint. Weiter führt er Versuche vor mit verschiedenen Gläsern und zeigt auch hier die Spiegelreflektion bei Klargläsern und gerichtete diffuse Reflektionen bei Riffelgläsern, die je nach der Oberflächenaufrauung weniger oder stärkere Reflektionen mattierter Gläser und die verschiedene Durch-